

Sachs-Zeitung.

Anzeigen werden die Spaltenzeit oder deren Raum mit 50 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unten Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen.

Bezugspreis für Halle wöchentlich 2,50 M., bei monatlicher Zustellung 2,75 M., durch den Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Nr. 219.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 11. Mai

1901.

Politische Wochenchau.

Die Woche zwischen den Sonntagen Candate und Rogate war reich an Neuigkeiten und am reichhaltigsten. Sagen kann das deutsche Volk, sagen der Reichstanzler vor Freude, daß die des Ministers mit dem Kammerpost und dem Spiele deus ex machina um glücklich erledigt und lebendig sind, wie das unermüdete Spiel mit der Kanalvorlage seitens der konservernen Fraktion im Bundtage Preussens nun durch dessen Ablehnung zum Schluß gekommen ist. Fragen muß das Volk den Reichstanzler, fragen auch an höchster Stelle, ob der Reichstanzler nun Einde haben soll, da der Ziegelschreiber nicht sein Ende erlebt hat. Ganz leicht scheint's nach allem, was man hört, nicht abzugehen zu sein, ihn dahin zu bringen, er wolle sich noch halten und glaube noch nicht daran, daß es Zeit sei, mit dem kaiserlichen Schachmeister in Goethe's „Faust“, 2. Theil, zu fragen:

Auch auf Parteien, wie sie heißen, ist heutzutage kein Verlaß; Sie mögen schelten oder preisen, Gleichgültig wurden Lieb' und Haß, Die Wahrsagen wie die Quacksalberherren sich, um auszurathen! Wer will jetzt seinem Nachbar helfen? Ein jeder hat für sich zu thun.

Mit einer Zeile: Miquel hielt sich noch für unabkömmlich und unerschütterlich. Daß er's thatsächlich schon lange nicht mehr war, hat ihn nun vollständig sein Mikstrik, als auch die Menge der Nachruhe geleht, die in der verfloffenen Woche mit einer Hochfluth hereinbrausen und erst jetzt wieder langsam abebbten. Das Interesse der Woche gehörte mehr der Vergangenheit und der Zukunft an, als der Gegenwart, daher ist sie reich an Neuigkeiten und arm an Ereignissen. Der Vergangenheit wandten sich alle die Anklagen und Beschuldigungen früherer Abmungen und Befähigungen zu, die den Ministerwechsel und Landtagsauflösung zu begründen trachteten, und in die Zukunft waren die Blicke aller gerichtet, die irgend eine Frage an das Schicksal und die Regierung fest haben — und das sind sehr viele Leute, die meisten haben gleich ein ganzes Bündel Fragen, und die meisten Politiker wissen nicht, was sie entinnen, daß eine so unklare Lage schon je zuvor vorgebracht hat, wie sie uns die letzten Wochen vorberhalten hatten. Die darunter gehörige und bereits erhobene Frage, ob die Regierung dem Schluß des Landtags eine Auflösung dieser ihres konföderativ-agrarischen Ueberwachungs halber die hienächst und begehrt gegenwärtigen „Volksvertretung“ folgen lassen wird, scheint nun jetzt schon zu sein, nachdem vorgelesen an den Reichstag der Antrag auf Verlegung bis in den Spätherbst gelang ist, dem er wahrscheinlich auch sofort Folge leisten wird. Damit gewinnt die Regierung Zeit zu gehöriger Vorbereitung der Vorlagen an beide Parlamenten und zu besserer Lösung ihrer Aufgaben. Das Hauptfragezeichen, leider ein sehr großes, bleibt damit freilich noch für ein halbes Jahr, wenn nicht länger die Signatur der politischen Konstellation: Gebürt der Ziegelschreiber künftig ins alte Eisen? Bis dahin müssen wir leider auch die Verantwortung der Fragen, was es mit Handelsverträgen und Streitigkeiten werden will, verlagert sehen.

Die Geschicthe der letzten Woche wird bald aufgeklärt, denn es sind ihrer, wie schon erklärt, nur wenige. Um Reichstags ist das Weingelbes verhandelt worden und der Antrag auf Eröffnung von Anwesenheitszettel mit großer Mehrheit angenommen worden; die Seemannsordnung aber, die in der Kommission eifrig gefördert wurde, weil die Regierung auf ihre baldige Fertigstellung großen Werth legt, fällt einstweilen bis zur Wiedereröffnung der Sitzungen in die große Wanne zurück, in der noch so manches liegt, was an den Tag und ins Leben kommen möchte.

Die auswärtige Politik, soweit sie uns Deutsche besonders angeht oder am Herzen liegt, läßt ebenfalls einige Aussicht auf Besserung zu. In China scheint's nun endlich Ernst zu werden mit Anerkennung und Zahlungsbeginn der Entschädigungsforderungen an die Mächte, und dann wird bereits die Zurückziehung von größeren Theilen der Truppen aus der Provinz, unter dem Namen naher Termine, ins Auge gefaßt. In Südamerika stehen die Ansichten der Buren, wie schon in vorletzter Woche, recht günstig, und damit rückt zugleich für die Engländer die Nothwendigkeit, um jeden Preis Frieden zu schließen, immer näher. Sehr trüblich steht's dagegen in Spanien, wo ernste Kämpfe mit Straßenschlämpen an der Tagesordnung sind, worüber erst gestern ausführlicher berichtet wurde. Solche Vorkommnisse mahnen, auf die Sozialpolitik größtes Gewicht zu legen und stimmen dabei auch die etwa aus dem bismarckianischen Stande der chinesischen Angelegenheit zu Anbelangung geeigneten optimistischen Politiker zu nichterneren Erwägungen herab, die zwischen Frage und Zweifel besser gehen, als zwischen Freude und Hoffnung. — d.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalmeldungen. Der Kaiser reiste gestern morgen 8 Uhr 50 Min. von Bonn nach Köln, auf dem Wege zum Wohnhof und auf dem Wohnhof von Vereinen und Schulen lebhaft begrüßt. Am Schluß hielt vor der Abfahrt eine aus Frauen gebildete Kommission die ihm die Wapptafel der Provinz Westfalen überreichte. Zur Veranschaulichung waren der Kaiser und die Kaiserin zu Fürstentum sowie der Kommandeur der 29. Division Generalmajor Freiherr von Bismarck und die Begleiter der Kaiserin erschienen. Am 12. Uhr mittags traf der Kaiser in Straßburg ein, wo er am Wohnhof vom Statthalter Fürsten von Stolberg-Langendorf und dem Kommandierenden General Freyler von Weichselbäumen empfangen wurde. Nach Aufbruch der auf dem Bahnhof aufgestellten Ehrenkompagnie

für der Kaiser in Begleitung des Statthalters nach dem Kaiserpalast, wo ein Festdiner stattfand. Gegen Abend unternahm der Monarch eine kurze Spazierfahrt, um dann den See bei der Fürstin Dorothea einzunehmen. Das Diner im Kaiserpalast und der für gestern abend angelegte Aspernreiß waren infolge des Wiedereintritts der Regenluft abgelehnt worden. Heute vormittag wird Probabesetzung. Gegen 1 Uhr erfolgt dann die Abreise des Kaisers nach Schleißdorf und Besichtigung der Hofkapellensaal.

* Prinzessin Luise von Preußen ist gestern nachmittag in Wiesbaden an Geduldsleiden gestorben. — Die Prinzessin stand im 73. Lebensjahre, sie war eine Schwester des Prinzen Friedrich Karl von Preußen, verheiratet am 27. Juni 1854 mit dem Landgrafen Herzog von Hessen-Rhoden-Borsele, gestorben am 6. März 1891 und letzte seit Jahren in Wiesbaden.

* Der Papst empfing gestern die Prinzessin Friederich Karl von Preußen.

Politische.

* Die bisher noch immer vergeblich erwartete Mittheilung des Reichstags, von der Beilegung des Schwarzen Alexander an Lord Roberts wird jetzt durch eine amtliche Mittheilung der „London Gazette“ erlegt, die, datirt Wlatsch, 8. Mai, besagt, daß der König von England dem Lord Roberts die Erlaubnis erteilt habe, den dem letzteren im Januar d. J. vom deutschen Kaiser verliehenen Schwarzen Adlerorden anzunehmen und zu tragen. Angesichts des Ansehens der deutschen amtlichen Substitution muß die Beilegung also, bemerkt die „Sonn. Nachr.“ hierzu, soweit das Deutsche Reich in Betracht kommt, als in partibus erlegt gelten; d. h. Lord Roberts ist für ihn in ähnlicher Weise Krupp's Ritter des Schwarzen Adlers wie i. S. Herr Werner Krupp's Excellenz war. Ob diese Verleihung der Ordensverleihung an den englischen General auf deutscher Seite irgend welchen Einfluß auf die Verzögerung der englischen amtlichen Mittheilung über die Beilegung ausgeübt hat, oder ob benannte Verleihung in England die Regel bilden, müssen wir dahin gestellt sein lassen.

* Sein Debut als Landwirtschaftsminister gab Herr v. Bobbertsch vorgehen in der Sitzung der Deutschnationalen Kommission in Gestalt einer längeren Rede über die Pöbel, in der er bemerkte, daß nicht die Landwirtschaft als die wichtigste in der Volkswirtschaft zu betrachten sei. Er wolle sich selber freilich an der Wichtigkeit der Landwirtschaft nicht ableiten lassen, die doch eine 15 Millionen Mark an den Volkseinkommen aufweise, die doch eine 15 Millionen Mark an den Handel bedeuten. (H) Weidlich hatte Herr v. Bobbertsch schon früher einmal berichtet, beim Postamtverbot sei die Post bares Geld zu sein. Es wurde dem Minister erwidert, daß die Postverwaltung bei ihren vielen vermeintlichen Fehltritten konsequent steigende Uebelstände herauszubringen. Das Geheimniß dieses Wunders ist in der Kommission vorgelesen nicht enthüllt worden. Und doch wäre es höchst wünschenswert gewesen, Herr v. Bobbertsch gleich bei seiner ersten amtlichen agrarischen Rede über die Verwertung auf diesem Verdrückten festzusetzen.

* In Konstantinopel sind Berlin nach gestern vormittag Herr v. Bismarck mit dem Reichstaglichen Ausschuss über seinen Disziplinären Beamten. Im großen Festsaal des Finanzministeriums waren die Vortragenden über die Abwicklung des Bismarck'schen, die letzten Beamten der Geschäftsbildung, der Münze usw. verhandelt, als, von Minister v. Rheinbaben begleitet, Miquel erschien und alsbald das Wort nahm. Er wies darauf hin, daß, wenn es ihm vergönnt gewesen, Ergründliches für die Gegenwart zu leisten, er dies dem Verständnis und der Treue hätte für sich im Jahr Bestimmung schuldig. Ergründliches hätte er aber für die Bestimmung schuldig, die ihn die Arbeit erleichtert habe und ihn jetzt das Schweben von den Kameraden schwerer mache. Er sei aber überzeugt, daß sein Reichstag, Herr v. Rheinbaben, mit der gleichen Freundschaft folgen und ihn unterstützen würden, und so könne er wohl die Schritte langwierigen Winkels ruhig verlassen. Nachdem der neue Finanzminister mit herzlichem Begrüßung sich an den stehenden Redner gewandt hatte, nahm Unterstaatssekretär Schmetz das Wort. Namens der Beamtenschaft des Finanzministeriums sagte er dem bisherigen Chef Bedenken und begrüßte im Auftrage der Kollegen den neuen Minister. Nach diesem gleichsam offiziellen Schiedspruch kam das ebenfalls Abschiedsreden. Für jeden seiner einstigen Mitarbeiter hatte Herr v. Bismarck noch ein besonderes Wort des Abschieds. Dann verließ er, nur mühsam seine innere Bewegung bekämpfend, den Saal und damit die Schritte, an der so lange Jahre die politische Intrigue gewaltet hatte.

* Bei der Entfaltung des Bismarck's Denkmals in Berlin am 3. Juni werden voraussichtlich Graf Bülow und Herr v. Seebow sprechen. An dem Grandpavimente der Haupttribüne wird an der Mündung noch folgende Aufschrift eingegraben: Dem ersten Reichskanzler das deutsche Volk.

Parlamentarische.

* Die Kommission für das Schenkungsgesetz hat gestern die Stellung beendet und dabei einige kleine Änderungen in den §§ 4 und 25 vorgenommen. Da, nach Beschluß der Kommission, das Gesetz am 1. Oktober d. J. in Kraft treten soll, mußte es noch vor der Vertagung erledigt werden. Im Plenum scheint und hierüber keine Verhandlung vor sich zu gehen. Die weitere Abhandlung des Gesetzes konnte aber vielleicht, schreibt die „Nat. Korresp.“, von empfindlichen Folgen für die deutsche Verfassung nach Frankreich werden, da Frankreich die längere Verzögerung des Gesetzes mit erhöhtem Hohn auf deutsche Wäre zu beantworten droht. Unerreichtes besteht, ansehnlich der sich beschleunigenden Fälligkeit des Gesetzes bei einigen Parteien die Abfertigung nicht das Schenkungsgesetz nicht zu Stande kommt, für später einen Antrag einzubringen, welcher die Steuer ein 1. März pro Rückgabe erhebt.

* Der Reichstanzler stellte dem Reichstag gestern die am 14. Dezember 1900 zu Wiesel beschlossene Zulassungsverträge zur Pariser Abrechnung von 1883 betreffend den Schutz gewerblichen Eigentums zur Beschlußfassung an. Die beilegende Denkschrift besagt, daß diese konnte der 1883 in Paris begründeten Union mehrerer Staaten zum Schutz gewerblichen

Eigentums bisher nicht beitreten, weil in Deutschland beinahe alle Bestimmungen über die Nachschußpflicht des Patentschutzs und den Auslieferungszwang bestehen. Die Wülfeler Konvention vom Jahre 1900 änderte aber die für Deutschland unannehmbaren Bestimmungen ab, so daß, wenn der Reichstag zustimmt, das Reich der Union beitreten kann. Zur Umgestaltung der insoweit mit anderen Staaten abgeschlossenen Sonderverträge wird bereits die einleitende Schritte gethan.

* Der gemeinschaftliche Landtag von Preußen und Ostpreußen in letzter gestrigen Sitzung gelegentlich der Gesetzberatung, die Regierung zu erlösen, in der Erwägung, daß die Steuerkraft des Landes bereits auf das Meiste angeknüpft ist, den Bevollmächtigten zum Bundesrat anzuweisen, im Bundesrat, der weiteren Erörterung der Erbschaftsteuer ansgabe eine geeignete Lösung, insofern solche nicht durch wichtige, dem Volkwohl dienende Aufgaben erfordert wird, auch auf jede Erhöhung an den bisherigen Ausgaben Bedacht zu nehmen, die unbeschadet des notwendigen Kulturfortschrittes möglich ist. Weiter eruchte der Landtag die Regierung, ihren Bundesratsbevollmächtigten anzuweisen, im Bundesrat für den Präsenzantrag zu stimmen. Ein früher schon geäußelter Antrag auf verfassungsmäßige Einführung der zweifachen Steuererlöse an Stelle der vierfachen — thatsächlich wird der Staat seit 1897 immer nur auf 2 Jahre genehmigt — wurde einstimmig angenommen. Die Regierung hätte sich in Einkünften gegenüber diesen Vorschlägen, erst hätte sich jedoch bereit, einen Versuch mit Beschäftigung einer weiblichen Hilfskraft zur Unterstützung des akademischen Professors zu machen. Ziel bemerkt wurde eine Vermeidung des sozialdemokratischen Führers, des Abg. Bod., der seine politische Wirksamkeit an den Arbeiten der Landesverwaltung anknüpfen möchte, welche die Landesverwaltung untergebenen Beamten zu verschaffen, wobei die Partei unter den gegebenen Verhältnissen der Regierung keine unmittelbaren Schwierigkeiten bereiten würde. Sie würde mit ihren Bestrebungen nicht über Verfassung und Gesetz hinausgehen. Dafür verlange sie nur, daß die Regierung dem Arbeiterstand die gleiche Berücksichtigung zu theil werden lassen solle, wie den übrigen Interessentengruppen, was bisher nicht immer geschehen sei. Die Agrarier trennten einen von den Sozialdemokraten unterliegenden Antrag auf Uebernahme sämtlicher Schulschulden auf den Staat ein.

Verwaltung und Rechtspflege.

* In Handelskreisen ist der Wunsch nach einer Veränderung der Kontrahentenordnung aufgetaucht, und zwar wünschte man die Kontrahentenordnung dahin abgeändert zu sehen, daß, falls nach Beendigung des Kontrahentenordens der Kontrahent wieder eröffnet werden kann, auf die Kontrahenten dieser Mangel öffentlich zu machen, um die Kontrahenten zu warnen. Dieser Wunsch jedoch, die Regierung, insofern die Kontrahenten gegen ihn, seine Ansicht auf Verwirklichung. Der Geschäftsmann, daß durch die Verwirklichung auch ehrenhaft, ohne ihr Bestehen mittels gewordene Geschäftsmann nur betroffen werden könnten, spricht dagegen. Andererseits ist durch die Einführung der für diese Fälle vorgehenden Liste denjenigen, welche Kredit geben wollen, die Möglichkeit gegeben, sich über die Kreditwürdigkeit der Kreditnehmer zu vergewissern. Die Liste würde sich schon dadurch eignen, daß jedem die Einsicht der Liste beim Gericht gestattet ist. Durch die Verwirklichung würde ohne Noth auch solchen Personen, die durch Unglück in diese Lage gekommen sind, ein Mafel aufgebaut. Eine Verwirklichung würde auch nicht mit der auf die in Rede stehende Frage bezüglichen Vorschriften der Kontrahentenordnung vereinbar sein, derzufolge nach dem Ablauf von fünf Jahren seit der Abweilung des Eröffnungsantrages die Enttattung in dem Verzeihung dadurch zu lösen ist, daß der Name unentgeltlich gelöscht wird.

Sozialpolitische.

* Der angeregten Beilegung der Reichsarbeit im Badesgerichte scheint man jetzt seitens der Regierung weniger treten zu wollen. Durch einen Regierungsrath aus dem Handelsministerium sind in maßgebenden Kreisen die Erklärungen über die Wirksamkeit eines eventuellen Verbotes der Reichsarbeit auf das Gewerbe, sowie sonstige Fragen, an dieser Sitzung hin eingeholt worden. Die letzten Beschlüsse der Reichsarbeit-Zimmer „Konfordia“ befürworten schon seit langem die Abschaffung der Reichsarbeit, während die Vorstandmitglieder des „Germania“-Centralverbandes dagegen sich weit abweisend verhalten. Man rechnet damit, daß sich das konstante Publikum in diesen Angelegenheiten die beilage Währungsentscheidungen erwarren würde, entschieden dagegen strahlen würde. Doch gerade auch die Gefahr eines Verbotes an, daß die Regierung der Reichsarbeit, die Kontrolle usw. in den Vorderebenen sich der Abschaffung der Reichsarbeit weilsicht verweigern würde. Das Merkmal der vom Ministerium angelegten Erhebungen, die bisher mehr privater Natur sind, soll dem Bundesrat zu weiterer Beschlußfassung unterbreitet werden.

Herr und Hätte.

* Der kommandierende General des VII. Armecorps, Generalleutnant Freiherr v. Bülow, ist am Donnerstag in Ess an Lungenerkrankung gestorben.

* Zum Unfall des Unionschiffes „Kaiser Friedrich III.“ wird der Reichstanzler, Hr. Miquel, daß die Verwirklichung der Abfertigung der Abfertigung unter Vertagung des Kapitänleutnants Deimling wegen ungenügender Witterung nur sehr langsam fortsetze. Da zur Feststellung der Lage des Abfertigung die Aufnahme der Ziel Bornholm notwendig ist, enthielt die dänische Regierung mit dankenswerther Bereitwilligkeit einen Seeschiffen zur Unterstützung des Verwirklichungsbemühens. Demnach werden in einzelnen Blättern Nachrichten über eine falsche Lage des Unionschiffes im Abfertigung verbreitet sind und daran anknüpfend Beträgen über die verantwortliche Stelle und Betragung des ober der Schulden angelegt werden, so ist daran hinzugefügt, daß die Unionschiff des Kaiser Friedrich III., insbesondere die Lage des Unionschiffes im Abfertigung mit Sicherheit durch die eingehaltene Untersuchung und die Vermessung festgestellt werden kann.

Veranstaltungen und Kongresse.

* Der Apothekervererb trat gestern in Sitzungssache des Kulturministeriums auf der diesjährigen Sitzung zusammen. Die

